

Zahl der Sozialarbeiter ist unklar

Der Schulausschuss hat nach heftigem Streit die Verteilung vertagt.

VON MONIKA KLEIN

OPLADEN Eigentlich sollte die Neuverteilung der zehn Schulsozialarbeiter, die bei der Stadt Leverkusen angestellt sind, nur eine Formalie sein. Aber im Schulausschuss entbrannte zuerst eine heftige Diskussion über eine sinnvolle Aufteilung, die jedoch laut Verwaltung mit allen Beteiligten abgesprochen sei.

Eine halbe Stunde später stellte Bernhard Marewski (CDU) die Frage, ob im Plan auch die zu erwartenden neuen Stellen des Landes berücksichtigt seien. Er habe gelesen, dass vom Land 330 neue Stellen für Schulsozialarbeiter geschaffen werden und Wuppertal rein rechnerisch zehn bekommen werde. Dann würden Leverkusen vier oder fünf zustehen, hat er ausgerechnet. Davon sei ihm nichts bekannt, erklärte Dezernent Marc Adomat für seine betroffenen Fachbereiche Schulen sowie Kinder und Jugend. Sonst hätte man selbstverständlich einen entsprechenden Antrag gestellt.

Wie es sein könne, dass er letzte Woche davon in der Zeitung gelesen habe und die Verwaltung nicht informiert sei, zweifelte Marewski. Er werde auf keinen Fall einen Verteilungsplan beschließen, der hinfällig sei, wenn Sozialarbeiter eingestellt werden. Sein Parteifreund, der Landtagsabgeordnete Rüdiger Scholz, telefonierte währenddessen mit dem Schulministerium und bestätigte die Personalverstärkung auf Kosten des Landes umgehend. Die entsprechende Benachrichtigung hänge offenbar noch bei der Bezirksregierung. Die neuen vier oder fünf Stellen sind für die Arbeit in den „multiprofessionellen Teams“ (MPT) an weiterführenden Schulen gedacht. Schon jetzt gibt es fünf solcher vom Land bezahlte MPT-Kräfte in Leverkusener Schulen, deren Auftrag die Integration umfasst. Zur klassischen Aufgabe der Schulsozialarbeiter gehören Beratung und Hilfe bei der Antragsstellung für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes.

Der Schulausschuss vertagte das Thema, bis die Verwaltung Klarheit über Neueinstellungen hat und diese in einen neuen Verteilungsplan eingearbeitet hat. Dazu sollte auch überprüft werden, ob die Hugo-Kükelhaus-Schule mehr als die eine veranschlagte Sprechstunde pro Monat braucht. Die Schule hatte sich an die Politik gewendet, weil dort der Bedarf an Beratung und Hilfe bei Versorgungsanträgen besonders hoch sei.